



KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für **Arbeit, Frieden, Umweltschutz**

Gegenwind 182

Wilhelmshaven

September 2002

Zeichen setzen...

...können wir Wilhelmshavener wirklich gut. Wer findet noch seinen Weg durch den bunten Schilderwald, der besonders an Kreuzungen zu finden ist?



RICHTUNGSWEISEND

Der Wal-Mart-Markt in der Stadthalle soll geschlossen werden. Auf [Seite 3](#) bieten wir Einblicke in den Multikonzern.

Am 22. September wird ein neuer Bundestag gewählt. Auf [Seite 4](#) fragen wir, wen wir wählen, wen wir nicht wählen oder ob wir überhaupt wählen wollen.

Eine Nullnummer nennen wir auf [Seite 6](#) die Katastrophe, die sich in der und um die Jugendfreizeitstätte Krähenbusch abspielt.

Wir besuchen wieder die Sitzung des Stadtrates und schildern auf [Seite 7](#) unsere Eindrücke.

Beim JadeWeserPort passt es hinten und vorne nicht mehr! Alle Behauptungen und Begründungen für den Bau des Containerhafens fallen auf [Seite 8](#) wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

Viel Sachverstand war auf der letzten Veranstaltung der Arbeitsloseninitiative versammelt. Wir berichten auf [Seite 10](#) unter anderem, warum die ALI das Hartz-Konzept ablehnt.

Minister Struck ging über Leichen. Auf [Seite 11](#) können Sie nachlesen, wie es dazu kam.

Ebenfalls auf [Seite 11](#) legen wir Ihnen den Besuch der Friesländer und Wilhelmshavener Tage der Psychiatrie ans Herz.

Die Wilhelmshavener Initiative gegen Kriege ruft auf [Seite 12](#) zur Teilnahme an den Aktionen am Antikriegstag auf.

Ansonsten? Nachrichten, Veranstaltungen und Leserbriefe finden Sie wieder verstreut im Heft.

Ein Erfolg: 14 neue FörderInnen für den Gegenwind. Schönen Dank und weiter so!

Zum Titelbild: Der Schilderwald in Wilhelmshaven wird immer unübersichtlicher. Das Schlimme dabei ist, dass jedes neue Schild auch noch groß bejault wird, wie gerade jetzt bei der Ausschilderung der Maritimen Meile. Dabei sind es gerade diese Schilder, die für Chaos sorgen. Die Ziele sind so klein geschrieben, dass man anhalten muss, um sie lesen zu können. Völlig daneben!

meldungen

Zum Antikriegstag: NS-Opfer Ludwig Baumann in Wilhelmshaven

Am diesjährigen Antikriegstag ist im Gewerkschaftshaus der Vorsitzende der "Bundesvereinigung Opfer der NS Militärjustiz e. V.", Ludwig Baumann, zu Gast. Vor 60 Jahren wurde Baumann vom damaligen Nazi-Unrechtsregime wegen "Fahnenflucht im Felde" zum Tode verurteilt. Erst nach Monaten täglicher Todesangst erfuhr er, dass das Urteil in eine 12jährige Zuchthausstrafe umgewandelt worden war, die er zunächst im KZ Esterwegen und später im Wehrmachtsgefängnis Torgau verbrachte. Dort erlebte er, wie Tausende anderer Deserteure hingerichtet wurden. Seine Angst verließ ihn seitdem nicht mehr. Baumann: "Auch heute verfolgt mich diese Not noch in meinen Träumen." Wie viele andere Deserteure wurde Baumann in das so genannte Bewährungsbatillon 500 an die Ostfront gezwungen. Dennoch überlebte er den Krieg. Seit seiner Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft wartet er auf seine Rehabilitation - er gilt immer noch als vorbestraft.

1989 gründete Ludwig Baumann mit 40 noch lebenden Wehrmachts-Deserteuren die "Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz", um die Aufhebung der Unrechtsurteile durchzusetzen. Er engagierte sich auch für die Friedens- und 3.-Welt-Bewegung. Heute noch spricht er mit frisch Einberufenen auf dem Weg zur Kaserne: "Leistet Widerstand, wenn ihr Befehle bekommt, denen ihr im zivilen Leben nicht folgen würdet."

Die Wilhelmshavener Initiative gegen Kriege lädt alle Interessierten zu dem Vortrag mit anschließendem Gespräch, Kaffee und Kuchen herzlich ein.

Sonntag, 1. September 2002, Wilhelmshaven, Gewerkschaftshaus, Kieler Str. 63.

Neue Wege

Kein Aprilscherz, obwohl am 1. April gestartet, ist BIOS (Berufliches Integrations- und Orientierungsseminar), im Auftrag des Arbeitsamtes Wilhelmshaven durchgeführt vom Institut Freund in Verbindung mit dem Bildungsträger CCT (Call-Center Trainingszentrum Nordwest GmbH). Diese Maßnahme richtet sich an TeilnehmerInnen, die nicht lesen und schreiben können. Hier ist die Vermittlung von Grundqualifikationen für den Arbeitsmarkt kombiniert mit der Alphabetisierung. Nach einem guten Drittel der Lehrgangsdauer zieht das Arbeitsamt eine vorläufige Bilanz und stellt fest: Obwohl ein großer Bedarf besteht, gestaltete sich die Teilnehmergebung schwierig, da die Zielgruppe große Scheu und Skepsis zeigte. Mittlerweile zeigen sich jedoch ein großes Maß an Zufriedenheit, gute Lernerfolge und gewachsenes Selbstbewusstsein.

Die Maßnahme besteht aus Praktika in Wilhelmshavener Betrieben (insgesamt 13 Wochen) und Schulungsphasen im Wechsel. Laut Pressemitteilung des Arbeitsamtes trägt zu dem guten Erfolg u.a. die Tatsache bei, dass gute Kontakte zur Wirtschaft bestehen, so dass die Teilnehmenden ihre in der Theorie erworbenen Kenntnisse in den Praktika sofort erproben können.

Finanziert wird BIOS mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfond (ESF) und des Arbeitsamtes Wilhelmshaven. (noa)

Geht doch!

Erfreulicherweise wurde Mitte August ein Missstand beseitigt, der uns im GEGENWIND gleich zweimal beschäftigt hatte: Das Straßenendstück der Hermannstraße ist jetzt gepflastert worden, der Schacht, der beim Entfernen eines Gartens auf dem fraglichen Stück Straße zu Tage getreten war, ist ordentlich abgedeckt, sogar die Schäden an der Asphaltkante, die in den letzten Monaten entstanden waren, sind beseitigt. Nachdem die Stadt zunächst die Auffassung vertreten hatte, es bestünde für sie kein Handlungsbedarf und wenn die Anwohner eine ordentliche Straße wollten, sollten sie sie selber bauen, ging es dann schließlich - nach zwei GEGENWIND-Artikeln und einem anwaltlichen Brief - so schnell, dass das Schreiben, in dem die Stadt die Fertigstellung der Straße ankündigt, erst nach getaner Arbeit eintraf. Schön! (noa)

Die Landesbühne rockt!

Das diesjährige Kulturkarussell rund ums Stadttheater und die abendliche Vorschau auf die kommende Spielzeit waren wie immer eine runde, vergnügliche Sache. Nur (auch wenn wir uns wiederholen): Intendant Gerhard Hess sollte die Moderation des Abends besser jemand anderem überlassen - bei seinem ansprechenden Ensemble hätte er freie Auswahl. Von einem guten Intendanten erwartet keiner, dass er auch ein guter Schauspieler bzw. Conferencier sein muss - und das ist er eben auch nicht, er wirkt nach vielen Jahren Spielzeitrevue immer noch steif und aufgeregt.

Geschenkt, die kommende Spielzeit wird wieder für jeden etwas bieten. Das eigentliche Bonbon dieser Jubiläumsveranstaltung - 50 Jahre Stadttheater und Landesbühne! - war aber die anschließende Party, bei der Mitglieder des Ensembles bewiesen, dass sie auch am Gesangsmikro, an Gitarre, Bass, Schlagzeug und Keyboard annähernd Profis sind. Auch KollegInnen aus der Technik und anderen Bereichen "hinter den Kulissen" bewiesen ihr Talent in der stundenlangen Session, mit der die eigens für das Jubiläum formierte Theaterband das Publikum begeisterte. Hut ab! Und hoffentlich bleibt das keine Eintagsfliege. Hinter den ideenreichen und einfühlsamen Interpretationen bekannter Grooves und Standards muss sich manche Partyband, die nur stumpfe Cover abliefern, verstecken. (iz)

Achtung, vormerken: Ebermann & Trampert kommen!

Am Freitag, dem 11. Oktober 2002, sind Thomas Ebermann und Rainer Trampert zum dritten Mal im Kulturzentrum "Perspektive" zu Gast. Die beiden Polit-Satiriker - ehemals grüne Vordenker und seit ihrer Flucht aus dem grünen Establishment freischaffende Publizisten - ziehen im Herbst mit ihrem neuesten Programm durch bundesdeutsche Lande und machen auf Einladung des Antifaschistischen Bündnisses gern wieder in Wilhelmshaven halt. Gewohnt knallhart analytisch und gleichzeitig zum Brüllen komisch werden sie ihren Bericht zur Lage der Nation abgeben. In der nächsten Ausgabe des GEGENWIND gibt es mit einer Besprechung ihres neuen Buches "Sachzwang und Gemüt" schon mal einen Vorgeschmack. (iz)

TRIANGEL

second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Einladung zur öffentlichen Informationsveranstaltung Initiative "Mündige Bürger Wilhelmshaven"

Oberbürgermeister Menzel wird zum Thema:

Bürgerorientierte Stadt Wilhelmshaven

- Ziele für die Zukunft -
 - Die ersten 100 Tage im Amt
 - Vorstellungen und Wünsche -
- sprechen und zu Fragen bereitstehen.

Wann: 19. September 2002, 19:30 Uhr
Wo: Hotel Kaiser, Rheinstr. 128

Viele Städte und Gemeinden wetteifern in Politik und Verwaltung seit Jahren erfolgreich um die Realisierung einer "Bürgerorientierten Kommune", so dass sich die BürgerInnen mit ihrer Kommune identifizieren können.

In Wilhelmshaven wurden in der Verwaltung mit dem Bürgeramt erste Schritte in die richtige Richtung vollzogen. In den politischen Gremien und in der Verwaltung der Stadt sind jedoch noch Umdenkungsprozesse und viele Schritte zur Realisierung einer "bürgerorientierten Stadt" erforderlich. Der Vortrag und die anschließende Diskussion sollen in einem ersten Schritt Auskunft geben.

Gäste sind herzlich willkommen.

Mündige Bürger Wilhelmshaven

Postfach 1934
26359 Wilhelmshaven
e-mail: MB-WHV@gmx.de



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 04421 / 99 49 91
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpffer (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;
Druck: Beta-Druck Auflage: 5.000 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 28.08.2002

Gegenwind im Internet: www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Hauen und Stechen

Die Probleme des Wal-Mart-Konzerns nicht nur in Wilhelmshaven

(ub) Im Wal-Mart-Center an der Grenzstraße sollen zum Jahresende die Pforten für immer geschlossen werden. Filialen in Ingoldstadt und Esslingen sind ebenfalls im Gespräch - bundesweit droht das Management des amerikanischen Konzerns mit Schließungen oder Verkauf. Zu wenig Umsatz und satte Verluste, so die Begründung der Führungsebene des Konzerngiganten. Die Gewerkschaft ver.di zweifelt an derlei Aussagen, fordert Einsicht in die Bilanzen und formiert die Arbeitnehmererschaft zum Protest. Noch ein Grund mehr für die amerikanischen Unternehmenslenker, sich frustriert aus dem bundesdeutschen Markt zurückzuziehen. Denn Gewerkschaften fürchtet Wal-Mart mehr, als der Teufel das Weihwasser. Verluste in good old Germany könnte das Mammutunternehmen locker über Jahre aus der Portokasse begleichen, wie ein Blick hinter die Kulissen beweist.

Der weltgrößte Lebensmittelhändler Wal-Mart glänzt durch Unternehmenszahlen, die Konkurrenten wie die bundesdeutschen 'Winzlinge' Aldi, Lidl, Tengelmann oder Schlemmer im Größenvergleich wie schlecht geführte Schulkioske aussehen lassen. In mehr als 4.400 Filialen weltweit sind ca. 1,3 Millionen Arbeitnehmer beschäftigt. Mit einem Jahresumsatz von über 240 Milliarden Euro ist Wal-Mart umsatzstärker als die ersten 30 Unternehmen des deutschen Einzelhandels zusammen. Mit einer Marktkapitalisierung von fast 250 Milliarden Euro gehört er zu den drei größten Unternehmen der Welt. Wal-Mart rangiert damit in der gleichen Liga wie General Electric, Microsoft oder Exxon Mobil. Beeindruckend auch die jährlichen Gewinne: Allein im Jahr 2001 konnten 6,7 Milliarden Dollar Gewinn erzielt werden. Zum Vergleich: In den ca. 95 deutschen Läden brachte es Wal-Mart im gleichen Zeitraum auf ganze 2,7 Milliarden Euro Umsatz. Und der Konzern wächst ständig weiter. Im ersten Quartal 2002 steigerte Wal-Mart eigenen Angaben zu Folge den Umsatz gegenüber dem Vorjahr um satte 14,4 %, der Gewinn legte gar um 20 % zu.

Ein Konzern im Globalisierungswahn

Im Stile einer Riesenkrake macht sich der Konzern immer breiter. Ausgehend vom US-amerikanischen Mutterland wird nach der Erschließung Kanadas und Mexikos zunehmend der europäische Kontinent ins Visier genommen. Auch in Asien, hier beispielsweise in Japan, ist Wal-Mart mittlerweile präsent. 130 neue Geschäfte sollen in den Ländern, in denen Wal-Mart schon vertreten ist, in 2002 dazukommen. Wal-Mart-Chef Lee Scott schwärmt in Superlativen und kündigt an, dass die Geschäftsfläche weltweit in diesem Jahr um 4,2 Millionen Quadratmeter vergrößert werden soll.

Offensive in Deutschland

Den Angriff zur Erstürmung des deutschen Lebensmittelhandels hatte Wal-Mart 1998 gestartet. Die Eroberung fremder Märkte konzipiert der US-Konzern nach immer gleichem Strickmuster. Zuerst werden mit viel Geld marode Einzelhandelsgeschäfte en Gros aufgekauft. In Deutschland wurden kurzerhand gleich zwei Supermarktketten - Interspar und Wertkauf - "preiswert" erworben. Rund 700 Millionen Euro sollen laut "Wirtschaftswoche" vom 18.7. d. J. allein die 21 Warenhäuser der Wertkaufkette gekostet haben. Im Stile von McDonald's werden dann nahezu identische Einzelhandelshäu-

ser aufgebaut. Auf der Grundlage eines Konzeptes, bestehend aus langjähriger länderübergreifender Erfahrung mit Selbstbedienungs-Warenhäusern und einer glänzend organisierten satellitengestützten Logistik wird nichts dem Zufall überlassen. Die entscheidende Stufe im Kampf um Marktvorteile jedoch wird mit einem gnadenlosen Preiskrieg eingeleitet.

Mit Dumping zum Verlust

Der Geschäftsführer von Wal-Mart Deutschland, Volker Barth, wird in der 'Financial Times Deutschland' vom 26. 03. 2001 zitiert mit den Worten: "Wir möchten dazu beitragen, die Lebenshaltungskosten unserer Kunden weiter zu senken". Das hört sich so lange verbraucherfreundlich an, wie es eine Konkurrenz gibt, die Alternativen bieten kann. Das Ziel von Wal-Mart jedoch ist die Monopolstellung. Mit Eintritt in den Wettbewerb hat Wal-Mart immer wieder versucht, die Konkurrenz mit Dumpingpreisen aus dem Feld zu schlagen. Ein entscheidender Grund, warum es Wal-Mart nicht gelingt, die Käuferschaft im Lebensmittelbereich im Handstreich zu übernehmen, ist wesentlich darin begründet, dass weitaus flächendeckendere Einzelhandelsketten wie Rewe, Lidl oder Aldi bisher jeden Preiskampf mit entsprechenden Gegenangeboten scheinbar mühelos auskontern können. Der Preiskampf im Lebensmittelbereich hatte zeitweilig groteske Züge angenommen. Sowohl Wal-Mart als auch Lidl und Aldi haben phasenweise in 2001 Grundnahrungsmittel wie Milch oder Zucker unter Einstandspreisen angeboten. Das Bundeskartellamt stoppte diesen besonders für kleine Lebensmittelläden ruinösen Wettkampf.

Muss der Service stimmen?

Deutschland gilt als Servicewüste. Die USA gelten als Musterland in Sachen Service. Doch gerade hier ist es Wal-Mart nicht gelungen, entscheidend zu punkten. Allein im Servicebereich trennen Wal-Mart und beispielsweise Aldi Welten. Die Mitarbeiterinnen von Aldi sind für das Auffüllen von Regalen zuständig und nicht für Kundeninformationen. Aldi ist gut und billig, das weiß man, das bescheinigt "Stiftung Warentest", wozu da noch eine hausinterne Information? Bei Wal-Mart gibt es einen eigenen Informationsschalter. Zudem scheint jeder Mitarbeiter sehnsüchtig auf Kundenfragen zu warten. Bei großem Andrang findet man am Infoschalter zusätzlich eine Kasse für Kunden, die nur wenige Teile einkaufen wollen. Personal ist anscheinend bei Aldi der entscheidende Kostenfaktor. Wer

Kosten sparen will, spart Personal ein. Bei Aldi wird die zweite Kasse geöffnet, wenn die Käuferschlange bereits den Eingangsbereich blockiert. Eine Armada von Kassen im Wal-Mart-Einkaufszentrum soll Schlangestehen im Normalfall verhindern.

American way of life im deutschen Supermarkt

Der drittgrößte Konzern der Welt betritt die Bühne des Einzelhandels in Deutschland - und die deutschen Konsumenten quetschen sich weiter wie gehäbt durch die überfüllten Gänge von Aldi und Lidl. Die meisten Kunden wollen billig einkaufen - sonst gar nichts. Jede Serviceleistung, die nicht dem unmittelbaren Wareneinkauf dient, wird misstrauisch beäugt. Wal-Mart hatte z.B. noch zu Anfang versucht - basierend auf positiven heimatlichen Erfahrungen -, den Kunden beim Einpacken der Ware zu helfen. Da stand doch tatsächlich an jeder Kasse zusätzlich ein Mitarbeiter, um den Kunden die Ware in den (kostenlosen!) Tüten zu verstauen. Dieser in den USA selbstverständliche Vorgang wurde in deutschen Wal-Mart-Filialen zu oft mit "Lassen Sie meine Sachen liegen"-Anfeindungen der Kunden quittiert. Eine gut gemeinte Hilfestellung wird beinahe als Diebstahl aufgefasst. Die Wal-Mart-Geschäftsführung muss schon bald feststellen, Einpackhilfen und Grüßonkel interessieren in Deutschland nicht. Sie verursachen zusätzliche Kosten, ohne die Rendite zu steigern.

Wildwestkapitalismus à la USA

Die Löhne bei Wal-Mart sind in der Regel niedrig. Selbstverständlich gehört Wal-Mart nicht einem Arbeitgeberverband an und ordnet sich keinen Tarifvereinbarungen unter. Wenn eine Gewerkschaft wie beispielsweise hier zu Lande ver.di Einblick in die Bilanzen fordert, verstößt Wal-Mart lieber gegen das geltende Recht, verweigert Einblicke und zahlt gegebenenfalls Strafe. Wal-Mart ist es gewohnt, als gewerkschaftsfreie Zone zu gelten. So existiert für die Manager in den USA ein Handbuch zum Umgang mit Gewerkschaftern frei nach dem Motto "Wie verhindere ich einen Betriebsrat?".

Quo vadis Wal-Mart?

Die Verluste des Konzerns in Deutschland sollen sich in dreistelliger Millionenhöhe bewegen. Die Expansionswut der Wal-Mart-Strategen trifft in Deutschland auf natürliche Grenzen. So stehen für weiteren Ausbau kaum attraktive Flächen (zentrale Innenstadtlage) in geeigneter Größe zur Verfügung. Die obskure Unternehmensphilosophie des Konzerns ist auf deutsche Verhältnisse nur bedingt übertragbar. Begeisterung, überbetonte Freundlichkeit und gewisse Serviceaspekte wirken auf den deutschen Konsumenten oftmals befremdlich. Die Konkurrenz, wenn auch winzig im Weltmaßstab, scheint gut gerüstet gegen Übernahmeschlachten und Niedrigpreiskampf. Die Löhne im Einzelhandel sind vergleichsweise hoch. Mit den Gewerkschaften wird man sich mittelfristig arrangieren müssen. Die Kaufkraft in Deutschland ist bezogen auf den europäischen Markt überdurchschnittlich hoch. Wal-Mart wird es sich nicht leisten können, auf dem wichtigsten europäischen Markt zu scheitern. □

Bundestagswahl 2002

Wen wählen? Wen nicht wählen? Nicht wählen?

Ein mehr oder weniger kluger Mensch hat einmal gesagt: Würden Wahlen etwas verändern, wären sie verboten! Im großen gesellschaftlichen Blick hatte dieser Mensch sicherlich recht - doch mit Blick aufs Detail ist diese Aussage völlig daneben. Immerhin beendete das Wahlvolk 1998 die Ära Kohl, die die ganze Republik in einen geistig/moralischen Sumpf gezogen hatte und die politische Unglaubwürdigkeit zum Programm machte.

Rot/Grün hieß dann die Zauberformel - und selbst viele gestandene Alt-Linke und Ökos konnten sich dem Charme der Regierungserklärungen nicht ganz entziehen. Abschaltung der Atomkraftwerke, Förderung erneuerbarer Energien, Abbau der Arbeitslosigkeit, mehr Steuergerechtigkeit, mehr Bürgerrechte...

Doch schon früh zeigte sich, dass da nicht die "Turnschuh-Generation" in die Ministerien einziehen wird: Norweger-Pullover und Latzhose wurden gegen BOSS- und ARMANI-Klamotten eingetauscht. Und dieser Tausch blieb, besonders bei den Grünen, nicht aufs Äußere beschränkt - viele Grundsätze wurden beim Tausch der Kleider gleich mit an den Haken gehängt.

Und dann gab es Krieg! Dass Sozialdemokraten damit ganz locker umgehen können, ist eine Wahrheit, die so alt ist wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - doch dass sich ein grüner Außenminister zum Kriegstreiber entwickeln könnte - wer hätte das 1998 gedacht? Wer hätte 1998 geglaubt, dass ein von den Grünen zur SPD konvertierter Minister Gesetze erlässt, über die der CDU-Ex-Innenminister Kanther nicht einmal laut nachzudenken wagte?

Nicht verschweigen wollen wir, dass es viele Pluspunkte der rot/grünen Koalition gegenüber ihrer Vorgängerin gibt. Doch wie lange wird es dauern, bis auch Renate Künast resignierend erkennen muss, dass ihre Pläne mit der Realität des "immer mehr, immer dicker, immer billiger" nicht in Einklang zu bringen sind? Wie lange wird es dauern, bis Umweltminister Trittin, der ja beim Atomausstieg schon seine Wendebereitschaft unter Beweis stellte, seinen Armani-Anzug wieder gegen verwaschene Jeans tauscht?

Auf den Punkt gebracht: Eine Stoiber-/Westerwelle-Regierung haben wir nicht verdient - aber haben wir denn weitere vier Jahre Schröder/Fischer verdient? Ist es möglicherweise egal, wer da das Zepter in der Hand hält?

Protestwahl?

Schill-Partei (Partei rechtsstaatlicher Offensive): Die Partei des "Richter Gnadenlos" ist unwählbar - da hat sich ein tumber Haufen frustrierter BürgerInnen zusammengefunden - in den amerikanischen Südstaaten würde dieser Verein mit den drei Buchstaben KKK abgekürzt.

PDS: Mit der Wahl der PDS könnte man viele Leute ärgern, ohne Schaden anzurichten, und hätte gleichzeitig auch die Möglichkeit, dass diese Querschieser und -denker ein bisschen Niveau in den Bundestag bringen, ganz abgesehen davon, dass es durchaus auch gute Gründe gibt, die PDS aus Überzeugung zu wählen.

Und die FDP? Eigentlich ist sie ja die klassische Partei der Protestwähler. Doch wer will sich dafür noch ins Zeug legen. Westerwelle fährt mit seinem Spaß-Mobil durch die Lande, Möllemann schwebt, wenn er nicht gerade um die Wählerschichten am äußersten rechten Rand buhlt, mit dem Fallschirm ein - Politik als Showbusiness?

Unsere Empfehlung

Wenn Sie wählen wollen, dann gehen Sie wählen; wählen Sie was sie wollen - nur machen Sie Ihr Kreuz nicht gerade bei Schill, NPD und Co.

Wenn Sie nicht wählen wollen, dann gehen Sie nicht wählen und Sie können am Wahlabend sehen, dass Sie nicht allein sind.

Wie war das bei der letzten Bundestagswahl?

Unumstrittene Siegerin im Wahlkreis Wilhelmshaven/Friesland war bei der letzten Bundestagswahl 1998 Gabriele Iwersen von der SPD. Sie toppte ihre 47,79 % Erststimmen von 1994 mit 53,3 % und behielt damit ihr Direktmandat. Zugewinne zwischen 8,6 und 9,5 Prozentpunkten konnte sie in Jever, Friedeburg und auf den Inseln verbuchen, in ihrer Heimatstadt Wilhelmshaven dagegen nur ein Plus von 4 Prozentpunkten. Ihr bestes Ergebnis erreichte sie in Holtriem mit 59,6 %, ihr schlechtestes auf Spiekerooog mit 39,5 %.

Eindeutiger Verlierer von 1998 war in unserem Wahlkreis Erich Maaß (CDU), der gegenüber 1994 von 41,6 auf 35,27 % der Erststimmen absackte. Federn lassen musste er vor allem in den Gemeinden Friedeburg (-8,8 %) und Schortens (-6,3 %). Die geringsten Verluste hatte er im Wangerland (-5,7 %) und in Wilhelmshaven (-5,6 %). Sein bestes Ergebnis erreichte er mit 42 % auf Langeoog, sein schlechtestes in mit 29,2 % in Sande.

'Der graue Wolf und die Neue

Von den im Bundestag vertretenen Parteien tritt nur der Bundestagsabgeordnete Erich Maaß (CDU) im neu zugeschnittenen Wahlkreis Wilhelmshaven/Friesland nochmals an. Seit 1980 immer über die Landesliste in den Bundestag eingezogen, will er nach eigenem Bekunden diesmal den neu konstruierten Wahlkreis 27 direkt erobern. Doch zwischen Wunsch und Realität liegt oft eine große Spanne...

Für die SPD tritt als Nachfolgerin von Gabriele Iwersen die Landrätin Karin Evers-Meyer aus Friesland an. Ob sie an Iwersens Ergebnisse wird anknüpfen können, ist anzuzweifeln. Ob es für das Direktmandat reicht, wird u.a. von den Wilhelmshavener WählerInnen abhängen. Durch die Änderung der Wahlkreise und damit der Zahl der Wahlberechtigten (von 155.000 auf 190.000) müsste die SPD hier besonders eifrig um Stimmen werben. Doch bislang hat sich wenig in der Jadestadt getan. Evers-Meyer selbst hat bei ihren Auftritten in den eigenen Reihen kaum Punkte gemacht. Und auch die Obergenossen im Unterbezirk lassen nicht erkennen, ob sie wissen, dass diese Wahl wohl die wichtigste der letzten (oder der nächsten?) Zeit ist. Ob diese Parteifreunde erholt durch Ferien und Urlaub nun energisch für die Fortsetzung der Koalitionsregierung kämpfen werden, ist nach der zögerlichen Unterstützung Iwersens zu bezweifeln.

Lasst Blumen sprechen

Die Kampa 02, das Wahlkampfslachtschiff der SPD, hat die Genossen zu vermehrten Aktionen vor der Wahl aufgerufen. Empfohlen werden Polit-Cafeterias, Ballonwettbewerbe und Sommerfeste. Daneben gibt es den Vorschlag "Lass Blumen sprechen": Wie wäre es - so fragen die Wahlkampfstrategen - mit Vergissmeinnicht und dem Anhänger "Nicht vergessen: Am 22.09.02 wählen gehen!"

*Nun weiß jeder Kleingärtner und Blumenfreund, dass die Vergissmeinnicht bereits im Juli/August verblüht sind. Nur eine Art von Vergissmeinnicht könnte da noch für die SPD-Werbung eingesetzt werden, die **Myosotis scorpioidis**, die bis September blüht. Doch das ist eine Staude, die nur im Sumpf wächst.*



leserbrief

An die Wilhelmshavener Zeitung
Betreff: Leserbrief vom 16.07.2002 "Aufge-
spültes Gelände für die Industrie gedacht"

Sehr geehrte Damen und Herren,
 bezüglich des vorbezeichneten Leserbriefes vom 16.07.2002 des Herrn Günter Voss, Papin-
 gasstraße 8 in 26386 Wilhelmshaven, welcher
 um die Meinung von Arbeitslosen in Sachen
 JadeWeserPort nachsucht, bitte ich Sie höflich
 um Abdruck meines nachfolgenden Leserbriefes
 in einer der nächsten Ausgaben der "Wilhelmshavener
 Zeitung". Der Abdruck darf nicht vom Originaltext
 abweichen, d. h. nicht gekürzt, nicht verändert,
 oder sonstige redigiert werden, weil eine sachliche
 öffentliche Beantwortung an Herrn Voss sowie alle
 weiteren WZ-Leser, die durch den Leserbrief von
 Herrn Voss "informiert" wurden, anders nicht möglich
 ist. Besten Dank im Voraus."

Wer so seinen Leserbrief an die WZ einleitet,
 der kann sicher sein, dass dieser nicht abgedruckt
 wird. So dauerte es auch nicht lange, bis der
 Verfasser obiger Zeilen seine Abstrafung bekam:
 "Leider können wir jedoch nicht alle Zuschriften,
 die uns erreichen, veröffentlichen. Wir bitten
 deshalb herzlich um Verständnis, dass wir Ihren
 Brief nicht abdrucken (...) - Unterschrift Jürgen
 Westerhoff"

Dann machen wir's eben:

**Alle Arbeitslosen sind für den JadeWeser-
 Port ... ??**

Dem Leserbrief des Herrn Günter Voss nach zu urteilen, besitzt er selbst einen Arbeitsplatz und es ist auch sein gutes Recht, für Wilhelmshaven das seiner Meinung nach Beste, also den JadeWeserPort zu wollen. Es sei aber dahingestellt, ob nun gerade der JadeWeserPort das Beste für Wilhelmshaven tatsächlich ist. Die Frage stellt sich mir, welche Anlässe Herrn Voss denn zu seiner persönlichen Meinungsbildung bezüglich des Projekts geführt haben mögen? Es sind doch zwei Komponenten, die hierfür ausschlaggebend sein dürften: Erstens die JadeWeserPort-befürwortende und unkritische Berichterstattung der "Wilhelmshavener Zeitung" und zweitens der mit der Berichterstattung im Jahre 1998 einhergehende Ratsherren-Einheitsbeschluss in Sachen JadeWeserPort. Welche Expertisen, Berichte etc. hier diesem Einheits-Ratsbeschluss von 1998 zu Grunde lagen, blieb OB Menzel in einer Bürgerfragestunde im November 1999 zu antworten schuldig und berief sich dennoch wiederholt allen Ernstes auf "damalige Erkenntnisse und Überzeugungen" (Erklärungsnot eines Oberbürgermeisters ...). Von der untergegangenen DDR lernen, heißt offenbar siegen lernen: Der DDR-Sozialismus brachte 99%ige "Wahl"ergebnisse, das Rathaus übertrifft die DDR mit einem Spitzenergebnis von 100% Einmütigkeit. Ein Schelm, der Böses dabei denkt?

Selbstverständlich hat Herr Voss recht, dass das aufgespülte Gelände für die Industrie vorgesehen war. Warum fragt Herr Voss sich dann nicht selbst, warum diese Flächen Jahrzehnte industriell nicht genutzt wurden und sogar vorhandene Industrieanlagen leer stehen? Warum fragt Herr Voss nicht mal bei der Stadt Wilhelmshaven an, ob hier nicht die Stadt selbst bei Industrieansiedlungsprojekten fast regelmäßig den Karren gegen die Wand gefahren hat und so Steuergelder zum Fenster rausgeworfen wurden? Würde unter

derartigen Voraussetzungen nicht auch Herrn Voss es schwer fallen, an die Wahrfähigkeit der hier im Rathaus vollzogenen kommunalpolitischen Entscheidungen in Sachen JadeWeserPort zu glauben? Seit Jahrzehnten hätte Wilhelmshaven bei besserer Stadtpolitik längst beschäftigungsintensive Projekte vor Ort gehabt, die auch heute noch Bestand hätten. Im übrigen scheint Herr Voss auch nicht zu wissen, dass das ehemals aufgespülte Industriegelände überhaupt nicht für den Bau des JadeWeserPort benötigt wird, sondern zusätzlich 460 Hektar dafür aufgespült werden.

Auch Herr Voss würde sicherlich nachdenklich werden, wenn er nur einmal die seit drei Jahren immer phantastischer klingenden Beschäftigungszahlen eines zukünftigen JadeWeserPorts mit einem der bestehenden Containerhäfen verglichen hätte (Tausende Arbeitsplätze wurden propagiert, OB Menzel sprach im Jahr 2001 sogar von 12.000 Arbeitsplätzen). Wenn Herr Voss sich doch nur einmal einen einzigen, derzeit betriebenen Containerhafen ansähe, müsste er dort und in allen anderen Containerhäfen weltweit nicht sofort protestieren, weil dort Kinder und Enkelkinder von Menschen, die dort gern arbeiten würden, de facto aber nicht gebraucht werden, niemals Aussichten auf einen Arbeitsplatz haben werden? Allein im Bremerhavener Containerhafen wurden in den letzten 2 Jahren sogar 800 Arbeitsplätze abgebaut. Ist Herr Voss nicht bewusst, dass es sich bei einem Containerhafen um vollautomatisierte Industrieabläufe handelt, wo nur noch eine Handvoll Menschen riesige Maschinen und deren Funktionen überwachen und Kapitalgewinne bestimmt nicht hier vor Ort zur Belebung der Infrastruktur dienen? Glaubt Herr Voss wirklich, Maschinen werden entwickelt und gebaut, um den Menschen eine soziale Welt vor die Haustür zu stellen? In welcher Realität lebt Herr Voss, dass er glaubt, Hunderte von Millionen Euro Kapitalinvestitionen bzw. Steuergelder würden für Wilhelmshavener Bürger investiert?

Aus allen diesen Erfahrungen und auch weiteren Überlegungen heraus bin ich persönlich gegen dieses Projekt, das zudem mit dem wirklich übelsten Versprechen, nämlich der Schaffung von Tausenden von Arbeitsplätzen einhergeht, vorangetrieben wird. Es ist eine einzige Schande, dass die Wilhelmshavener Bevölkerung und vor allem die vielen Arbeitslosen hier vor Ort durch Rathaus und Presseveröffentlichungen derart belogen werden.

Was mich betrifft, ich lebe in der Stadtmitte Wilhelmshavens, bin selbst arbeitslos und, was Herrn Voss vielleicht irritieren wird, sogar Mitglied in der Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort. Herr Voss sollte sich, bevor er sich wieder mal öffentlich zu Wort meldet, zunächst besser informieren. Mit derart dümmlichen Sprüchen wie "...wären die Gegner des JadeWeserPorts arbeitslos, dann würden sie nicht gegen so ein Projekt sein ..." beweist er nur, dass er die seit Jahren verbreiteten Parolen und Scheinargumentationen wie das tägliche Brot gefressen und verinnerlicht hat. Warum nutzt Herr Voss nicht auch einmal andere Informationsquellen - oder hat er es nötig, sich am gedruckten eigenen Namen seines inhaltlich zweifelhaften "WZ"-Leserbriefes vom 16.07.2002 zu ergötzen?

**Hans-Günter Osterkamp, Peterstraße 79,
 26382 Wilhelmshaven**

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

WHV Zentrum
 Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.
MUSIK FÜR DICH

**Frühstücken
 Partys - Konzerte**

Freitag, 6.9.
GLOOMY FRIDAY
 EBM - 80's - DarkWave - event
- KONZERT DES MONATS -

Freitag, 13.9.
BERNADETTE LA HENGST
 Die Beatinglady der Hamburger Showhasen-Szene...
 ...Ex-Die Braut Haut In's Auge Sängern
- KONZERT DES MONATS -

Freitag, 27.9.
Schweiss, Dreck, Rock!
SISSIES (Hamburg)
 Hotter than Hell!
 "something between Kyuss, Soufily and Punkrock!"
MEINE HERREN
 Yeah! ...rocken! Metal meets Punk!

11.10.
HARMFULL

KLING KLING-eMail-News
 Kurze eMail an KLINGKLINGINFO@AOL.COM
 ...und DU bist dabei!
www.kling-kling-online.de

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak und
 Herward Meier
 Legasthenietherapie
 Lese-/Rechtschreibtraining
 Diagnose und Beratung
 Auskunft und Anmeldung
 04421 - 99 64 70

Nullnummer

Wilhelmshavens Jugendarbeit liegt am Boden

(hk) Ende 2001 musste die Werkstatt der Stadtjugendpflege im Krähenbusch wegen Wassereintruchs und Schimmelbefalls geschlossen werden. An eine Wiederbelebung des Kellergewölbes als Werkstatt ist allerdings auch zukünftig nicht zu denken: Die geringe Raumhöhe verbietet eine entsprechende Nutzung.

Inzwischen liegt die städtische Jugendarbeit vollends am Boden. Verwaltungsleute, insbesondere Dezernent Kottek und Jugendamtsleiter Jürjens, tragen hierfür die Verantwortung, auch wenn von dieser Seite gerne so getan wird, als trage der 40%ige Heimwart (in einem Schreiben Jürjens' an Heiko Kupke heißt es: *"Sie (haben) zu ... 40% Heimwart und sonstige Tätigkeiten"*) auszuüben) des Krähenbusches, Heiko Kupke, die Schuld an der Misere. Und das ist schon erstaunlich, dass eine nicht "fachlich ausgebildete Kraft" in der Lage ist, einen ganzen Betrieb zum Erliegen zu bringen!



Räumliche Alternativen

Wenn die Jugendarbeit nach Schließung der Krähenbusch-Werkstatt weitergehen sollte, musste Ersatz gesucht werden. Untersucht wurden z.B. Räume in der Wasserturmschule (u.a. Fahrrad-, Computer-, Keramik-, Textil- und Holzwerkstatt), am Kanalweg 14 (hier tagte im September 2001 sogar der Jugendhilfeausschuss) und die Halle von Ford Hillmann am Banter Markt, mitten in einem der sozialen Brennpunkte der Stadt.

Die Wilhelmshavener Zeitung machte in dieser Zeit den Verantwortlichen immer wieder Feuer unterm Hintern. Einige Zitate: *"Aus dem Amt hieß es 'Wir kümmern uns.' Es wurde leider nicht bekannt, wer sich wann kümmerte. Ein feines Beispiel für praxisorientierte Jugendarbeit!"* (Schimmel - WZ 14.6.02) *"Das alles dürfte die Jugendlichen, die lediglich eine Werkstatt möchten, um sich zu betätigen, wenig interessieren, eher schon, wie denn die offenbar seit November andauernde 'ständige Suche' der Stadt nach einer Ersatzlösung bislang aussah."* (Jugendamt ist "ständig auf der Suche" - WZ 20.6.02). *"Doch Insider vermuten, dass im zuständigen Fachbereich der Stadt - vom Dezernenten angefangen - eine endgültige Antwort auf die Frage, ob man dort eine Werkstatt einrichten könne, einmal mehr in schlechter Bürokraten- und Politiker-Manier ausgesessen wird."* (Zweifel an der Suche nach einer Jugendwerkstatt - WZ 9.7.02).

Alles muss raus!

Doch es sollte noch schlimmer kommen: Die drei Schiffe Drushba, Sisyphos und Tyrkir, allesamt von der Jugendpflege in eigener Regie und mit finanzieller Unterstützung des Arbeitsamtes zu Highlights der Wilhelmsha-

vener Jugendarbeit hergerichtet, sollen laut einem Bericht der WZ vom 1. August 2002 *'einer anderen Verwendung'* zugeführt werden. Einen entsprechenden Auftrag hat der Dezernent Klaus-Dieter Kottek dem Stadtjugendpfleger Waldemar Strauch bereits erteilt.

Besonders pikant wird die Sache, wenn man bedenkt, dass allein für die Herrichtung von Sisyphos und Tyrkir ca. 1,2 Millionen DM aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung geflossen sind.

Nebulös bleibt auch die Behauptung, dass *"kürzlich erst 20.000 Euro für einen neuen Motor aufgebracht werden mussten"* (Amtsleiter Jürjens laut WZ vom 1.8.02). Hierfür fanden wir nirgends eine Bestätigung!

Eine Veräußerung der Boote würde das Arbeitsamt auf den Plan rufen, das die bereitgestellten Mittel von der Stadt zurückfordern müsste! Darum sucht man wohl nach einem Träger für den Betrieb der Boote, der diese dann der Jugendpflege zur Nutzung zur Verfügung stellen könnte. Neben den drei Booten geht es auch um die Abstoßung des Spielwagens der Jugendpflege. Das Interesse an einem solchen Deal ist nicht besonders groß, es sei denn, die Boote werden für einen nur symbolischen Betrag in andere Hände, z.B. der Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit, übergeben. Die entsprechenden Verbindungen des Dezernenten könnten da wohl hilfreich sein.

Der Schuldige

Schuld an der gesamten Misere ist einzig und allein der Werkstattleiter Heiko Kupke - so jedenfalls muss man die Aussagen einer sich hin- und herwindenden Stadtverwaltung interpretieren. Und Kupkes Vergehen ist leicht benannt: Er ist krank geworden!

"Der Werkstattleiter sei jedoch seit November (...) krank. So sei die Jugendpflege personell nicht in der Lage, das Angebot anzunehmen", heißt es in einer Erklärung, warum die Räumlichkeiten der Wasserturmschule nicht genutzt werden.

Auch die Misere mit den Schiffen hat Heiko Kupke zu verantworten. Nach Angaben des Jugendamtsleiters Jürjens steuerte und wartete der erkrankte Kupke die Boote, eine Behauptung, für die wir keine Bestätigung bekommen konnten, zumal Kupke ja auch schriftlich von der Amtsleitung mitgeteilt bekam, dass er sich gefälligst nur im Krähenbusch aufzuhalten habe.

Keine Werkstatt geplant!

In einem uns zugespielten Schriftverkehr teilte der Leiter des Jugendamtes, Klaus Jürjens, Herrn Kupke im April 2002 mit, dass der Aufbau einer neuen Werkstatt *"in absehbarer Zeit nicht zu realisieren ist"* und sein Arbeitsplatz ausschließlich im Krähenbusch und nicht *"in der Halle am Kanalweg noch an einem anderen Ort"* ist. Damit machte Jürjens klar, dass seine Aktivitäten zur Findung einer neuen Werkstatt nichts als eine Nullnummer waren. Mit der Verbannung Kupkes in die Räumlichkeit Krähenbusch verhinderte er gleichzeitig, dass dieser seine Aktivitäten zur Nutzbarmachung der Halle am Kanalweg (bzw. der Hillmann-Werkstatt) fortsetzen kann.

Kupke forderte den Amtsleiter Klaus Jürjens am 15. Mai 2002 auf, dafür Sorge zu tragen, dass er *"wieder eine Werkstatt bekomme, in der ich mit Kindern und Jugendlichen sach- und fachgerecht und nach dem geltenden Recht der Arbeitsstättenverordnung arbeiten kann."*

Der Brief an den Amtsleiter endet mit dem Satz *"Auch wenn laut Ihren Aussagen Herr Kottek mich 'lieber heute als morgen' loswerden möchte - so bitte nicht! Ich meine, dieses Verhalten geht vor allem zu Lasten der Kinder und Jugendlichen - wollen Sie das?"*

Und die Politik?

Vollmundig geht es hier immer direkt vor und nach Wahlen zu. Vor der Wahl die großen Versprechungen und ein parteienübergreifendes Gebälge um die Stimmen der Jugendlichen. Und wenn die Wahl dann nicht so lief wie geplant (geringe Wahlbeteiligung, viele Stimmen für rechtsextreme Parteien usw.), dann werden wieder Ausschüsse gebildet, Stammtische abgehalten - doch nur, bis sich die Wogen geglättet haben. Dann geht alles wieder seinen normalen Gang und der heißt: Kein Geld! □

Auf der Internetseite der Stadtjugendpflege wird übrigens so getan, als gäbe es die Holz-, Fahrrad- und Töpferwerkstatt im Krähenbusch noch - nur den Namen des Werkstattleiters hat man vorsorglich schon gelöscht. Da heißt es nur noch: N.N. - Spielwagen - Kreativtreff - Holzwerkstatt - Fahrradwerkstatt

Ratssplitter

vom 21. August 2002

(iz) "Keine interessanten Tagesordnungspunkte" bewertete Max Schmidt die erste Ratssitzung (im kritischen Volksmund auch Muppet-Show genannt) nach der Sommerpause schon in seiner WZ-Vorankündigung. Was ihn nicht davon abhielt, trotzdem zu kommen. Wir drücken es mal so aus: Die Tagesordnung wurde diesmal nicht von der Mehrheitsfraktion dominiert, was außer uns auch etwa ein Dutzend BürgerInnen interessant genug fanden, um den heißen Nachmittag statt am Banter See auf der Zuschauertribüne zu verbringen.

Ehe es noch heißer herging, ließ OB Menzel eine Sammelbüchse und einen Stapel Überweisungsträger zugunsten der überfluteten Elbgemeinde Tharandt kreisen, wo geschätzte 20 Millionen € Sachschäden zu ersetzen sind. 525 € und 60 Cent ließen die Ratsmitglieder springen, wie uns Claudia Wachenfeld, Mitarbeiterin des Pressereferats, nachträglich mitteilte (die an dieser Stelle mal ☆☆☆☆ für vorbildliche und vorbehaltlose Betreuung auch der Gegenwind-Redaktion verdient).

●●● **Einen Dringlichkeitsantrag** der CDU zu einer zweiten Kindergruppe in der Tagesstätte Fedderwarden lehnte die Mehrheitsfraktion ab. Laut Stadtrat Frank könne auf dieser Sitzung ohnehin nicht über die Finanzierung entschieden werden. Für die CDU erinnerte Ratsherr Möhle, dass in der Juni-Sitzung die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes beschlossen worden war. Sein Kollege Reuter begründete die Dringlichkeit damit, dass die Eltern jetzt schon Planungssicherheit haben müssten. SPD/Grüne verschoben die Beratung bis zur Vorlage eines Konzepts. Enttäuscht verließen anwesende Eltern den Zuschauerraum.

●●● **Umbesetzt** werden mussten verschiedene Ratsgremien, nachdem Werner Biehl (Grüne) sein Ratsmandat abgeben und Hans Wolter der SPD den Rücken gekehrt hat, aber als parteiloses Ratsmitglied weiter die Geschicke der Stadt mitbestimmt. Das Kräfteverhältnis hat sich dadurch wie folgt verändert: SPD/Grüne 23 Sitze, CDU 17, FDP 2, WALLI 1, Wolter 1 und Rep 1 (= Opposition 22). Für Wolter rückt im Finanzausschuss Brigitte Klee nach (Vertreter: August Desenz). Für Biehl sitzt jetzt Gerda Kümmel im Umwelt-, Verwaltungs-, Schul- und Ältestenausschuss und Marianne Fröhling im Stadtwerkeausschuss.

●●● **Sicherheit und Ordnung** in unserer Stadt sind nach Auffassung der CDU-Fraktion im Rat durch das Niedersächsische Gefahrenabwehrgesetz nicht gewährleistet. Dem Beispiel anderer Kommunen wie z. B. Cuxhaven und Hildesheim folgend, beantragte sie deshalb, die Zugriffslücken für Ordnungskräfte durch eine städtische Satzung zu schließen, auch "im Interesse des Erscheinungsbildes einiger Stadtteile von Wilhelmshaven." *Ahauahaua*, das klingt böse nach "schafft die Penner aus dem Stadtbild", auch wenn zunächst Graffiti, wildes Plakattieren und Müllberge ins Feld geführt wurden.

Dieser Spießermief war aber nicht der Grund, weshalb die Mehrheitsfraktion den Antrag ablehnte. Das Gesetz, das sich früher auf "Sicherheit und Ordnung" bezog, ist zwischenzeitlich von der Landesregierung geändert worden, und den Genossen in Hannover will man natürlich nicht in die Suppe spucken.

Trotz konträrer Standpunkte sprachen alle nur von den Symptomen, aber nicht den Ursachen für Schmutz und Kriminalität im Stadtbild. Doch dann meldete sich Dr. von Teichman (FDP) zu Wort: Jede neue Satzung, Verordnung usw. sei ein weiterer Eingriff in die Rechte des Bürgers. Und es handele sich um ein gesellschaftliches Problem, das sich durch Verordnungen nicht beseitigen lasse. Man müsse "Wilhelmshaven zur Wohnung umgestalten", denn wo der Mensch sich zu Hause fühlt, Sorge er von sich aus für Sauberkeit. Vom parteipolitischen Hintergrund mal abgesehen, hat von Teichman als einziger das eigentliche Problem auf den Punkt gebracht und kassiert dafür ☆☆☆☆. In der Tat haben die Wilhelmshavener immer weniger Grund, ihre Stadt richtig lieb zu haben - Stadtbild und Infrastruktur werden zunehmend verhunzt und ihre Meinung zu den Entscheidungen der Herrschenden ist letzteren piegegal - siehe Bürgerfragestunde.

●●● **Die Grundschule Coldewei** ist für die WALLI noch nicht vom Tisch. Sie widmete ihr gleich zwei Anträge: Gebäude und Grundstück sollten für mindestens 5 Jahre im städtischen Besitz verbleiben und eine gewerbliche Nutzung ausgeschlossen werden. Ratsherr Tjaden begründete das mit der Hoffnung, dass sich der Trend der negativen Einwohnerentwicklung umkehrt, die Menschen in der Region wieder Arbeit finden und die Stadt aus den finanziellen Schwierigkeiten herauskommt. Unter diesen Voraussetzungen könne das den Stadtteil prägende Gebäude als öffentliche Einrichtung zum Wohle der Bevölkerung in seinem Charakter erhalten werden - bei dann steigenden Schülerzahlen vielleicht sogar wieder in seiner ursprünglichen Funktion. Der zweite Antrag beinhaltete bereits ein Konzept für die Weiternutzung als Stadtteilhaus (für Kinder, Jugendliche und Vereine, die in Fedderwardergroden/Coldewei dringend solche Räumlichkeiten suchen), das unter Mitarbeit der Bevölkerung konkretisiert werden sollte. Die CDU-Fraktion unterstützte die Vorschläge, wobei sie den erhofften Aufschwung mit dem Bau des JadeWeserPorts untermauerte.

Stadtrat Frank hingegen hatte Bauchschmerzen damit: Bei der letzten Ratssitzung war der erwartete Verkaufserlös für die Schule schon als Deckung für eine außerplanmäßige Ausgabe verplant worden. Frank: "Wenn der Rat seine Beschlüsse monatlich ändert, kann die Verwaltung nur schwer arbeiten." Er plädierte dafür, zunächst die Substanz aktuell

benötigter Schulgebäude weiter zu sanieren, ehe der mühsam konsolidierte Haushalt für neue Projekte angetastet wird.

Tjaden wies darauf hin, dass die leer stehende Schule bereits jetzt dem Vandalismus anheim fällt. Weiterhin wurde vor dem Gebäude ein auswärtiger "PKW der Nobelklasse" beobachtet, was befürchten ließe, dass bereits Verkaufshandlungen im Gange seien. Die Mehrheitsgruppe (die abschließend die WALLI-Anträge kippte) empörte sich, einen Verkauf "unter der Hand" würde es nicht geben. Frank betonte, ein Verkauf käme nur mit einem Nutzungskonzept und Ratsbeschluss zustande.

●●● **Griff ins Sparschwein** - Für die städtische Weiternutzung der Schule Coldewei ist also kein Geld da - wohl aber für einen repräsentativen Ausbau des Fußballstadions (nämlich 850.000 Euro) und Umbaumaßnahmen in der Handballsporthalle (35.000 Euro). Weiterhin müssen 49.000 Euro auf den Tisch, um eine neue Apfelanlage zu bauen, damit die ehemaligen Coldewei-Schüler sicher zu ihren neuen Klassenräumen in der Albrechtstraße kommen. Nachdem diese drei Nachbewilligungen ganz lässig ohne weitere Aussprache vom Rat beschlossen worden waren, erscheinen die oben genannten Forderungen der WALLI eher pragmatisch als utopisch, wofür sie ☆☆☆☆ verdient.

●●● **Die Geister, die ich rief ...** Fragen über Fragen liefert immer wieder der JadeWeserPort. Genug Stoff für zwei Große Anfragen der WALLI wie auch für Bürger in der anschließenden Einwohnerfragestunde. Doch die "Antworten" der Verwaltung waren - trotz ausreichender Vorbereitungszeit - eine einzige Enttäuschung: knapp, ausweichend und sogar sich widersprechend. Nachdem Bürger Horst Radmer durch seine liebenswerte Penetranz Rat und Verwaltung an einen selbstverständlichen und zuvorkommenden Umgang mit wissensdurstigen BürgerInnen gewöhnt hat, verbreiteten die Befragten diesmal wieder eine ablehnende bis eisige Atmosphäre. Aus den Reihen der Mehrheitsgruppe war das Gemurmel "das habt ihr nur Focke Hofmann zu verdanken" zu vernehmen. Der hatte nämlich während seiner Amtszeit als Bürgermeister das Recht der Bürger auf Information aus der Niedersächsischen Gemeindeordnung aufgegriffen und so die Einwohnerfragestunde etabliert. Doch die wachen Geister, die da aus der Bürgerschaft hervorgerufen wurden, haben meist weniger den Eindruck, dass sie schlicht ihre Rechte in Anspruch nehmen, sondern eher, dass sie den von ihnen gewählten Ratsvertretern - zumindest aus den etablierten Parteien - zwischen den Wahlen einfach nur auf den Geist gehen. Und das sollten sie auch weiterhin tun. □



Jonathan VOLLWERTVOLL *Naturkost*

Marktstr. 94, Tel. 04421/13438

International Küche & Cocktails



Frühstücksbuffet
Sonn- und Feiertags
10 - 15 Uhr

BAHNHOFSTR. 22, TEL.: 506876

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **5,55 %** bei
100 % Auszahlung
Zinsfestschreibung: 10 Jahre
anfänglich effektiver
Jahreszins: **5,69 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE
Stand: Juli 2002

AMERICAN STYLE
RESTAURANT &
COCKTAILBAR



ÖFFNUNGSZEITEN:
MO-DO 9 - 2 UHR
FR 9 - 5 UHR
SA 10 - 5 UHR
SO 10 - 2 UHR

WV, BAHNHOFSTR. 22 (KINOZENTRUM), TEL. 04421/ 982 508

Millionen für Illusionen

JadeWeserPort: Wie Visionen zu Gutachten und Gutachten zu Makulatur werden

(jm) Man gab und gibt sich über jeden Zweifel erhaben: *Der JadeWeserPort wird die Initialzündung für einen Wirtschaftsaufschwung in der strukturschwachen Jaderegion auslösen.* Doch die Begründungen, auf die sich diese eingängige These abstützt, hatten schon immer erhebliche Schlagseite.

Jetzt kippen sie - wie die Dominosteine - eine nach dem anderen um.

Sehr früh schon ist die Seifenblase Privatfinanzierung des Projektes zerplatzt. Infolgedessen wälzt sich auf Niedersachsens Steuerzahler eine stetig steigende Kostenflut zu: Nach vorläufigem Zwischenstand hat der Pegel die Marke 275 Mio. Euro erreicht, nachdem Hamburg die Schotten dichtgemacht hat. Ein Höchststand ist noch gar nicht abzusehen. Schlimm könnte es auch Wilhelmshaven erwischen: Der Stadt droht eine Kostenbeteiligung von 35 Mio. Euro allein schon für den Terminalbau. (Quelle: Die Welt, 22.05.2002)

Jüngst wurde von Sprechern des Nds. Wirtschaftsministeriums, der JadeWeserPort-Entwicklungsgesellschaft und vom BREMEN-PORTS Management+Services mit sinngemäß gleichem Duktus erklärt, dass der Tiefgang künftiger Containerschiffe keine Rolle spiele. (taz, Bremen, 07.08.02) Wahrscheinlich hat man damit auf den vom französischen Bureau Veritas vorgestellten 12.500 TEU Megacarrier reagiert. Dieser Entwurf ist bei Werften und Reedern auf großes Interesse gestoßen. (Deutsche Schifffahrts-Zeitung, 11.07.02) Für dessen Konstruktionstiefgang von 14,50 m wird nun aber wirklich kein Tiefwasserhafen mehr gebraucht. Den haben bereits die in Fahrt befindlichen Jumbocarrier von Maersk, die seit Jahren Bremerhaven anlaufen. Das Gutachten *Bedarfanalyse für einen Tiefwasserhafen in der Deutschen Bucht* von PLANCO mit dem zum Bemessungsschiff erkorenen 12.000 TEU Carrier mit 15,30 m Tiefgang ist also nach zwei Jahren schon wieder Makulatur.

einer goldenen Zukunft mit der im Hier und Jetzt getroffenen Entscheidung:

Einerseits rechnet OB Eberhard Menzel den Friseuren vor, mit wieviel zusätzlichen Haarschnitten nach Inbetriebnahme des JadeWeserPort zu rechnen sei und andererseits schließt er mit der Ratsmehrheit die Schule Coldewei.

Übrigens, die Zahlengrundlage für seine haarsträubende Frisier-Rechnung ist dem Gutachten *Wirtschaftliche Perspektiven des Jade-Weser-Raums unter besonderer Berücksichtigung des Jade-Weser-Ports* der Institute für Wirtschaftsforschung in Niedersachsen und Bremen (NIW und BAW) zu entnehmen. Darin wird prognostiziert, dass in den Kreisgebieten Friesland, Wesermarsch, Wilhelmshaven und Wittmund bei Auslastung der 1. Ausbaustufe (ab dem Jahre 2015) 2.280 Arbeitsplätze drin liegen und nach weiteren Ausbaustufen bis zu 5.760 Arbeitsplätze gesichert und neu entstehen können.

In diesem Gutachten wird - was die Beschäftigung auf dem Terminal betrifft - mit völlig unrealistischen Zahlen operiert, die zudem einfach aus der Machbarkeitstudie abgeschrieben wurden. Die Gutachter haben sich dabei an dem damaligen Beschäftigungsstand in Bremerhaven orientiert, statt einen automatisierten Hafen dafür heranzuziehen. So kam man auf rund 1.000 Beschäftigte, die ab dem Jahre 2015 für die Bewältigung eines bis dahin angepeilten Containerumschlags von 1,8 Mio TEU erforderlich seien.

Zum Vergleich: Inzwischen ist in Hamburg beim Container-Terminal Altenwerder der Probetrieb angelaufen. Zum Jahresen-

Denkfabriken für zukünftige Megacarrier	Stellplätze (TEU)	Länge (m)	Breite (m)	Tiefgang (m)
PLANCO Consulting (Okt. 2000)	12.000	400	54	15,3
Bureau Veritas (Juli 2002)	12.500	378	54,2	14,5

Auch die Wachstumserwartungen im Containerumschlag haben einen kräftigen Dämpfer erhalten. Die Eurogate, die dereinst ein Teilstück des JadeWeserPort betreiben will, hat deshalb - sowie auf Grund des bevorstehenden Ausbaus ihrer Terminals in Hamburg und Bremerhaven - keine Eile mit ihrem Engagement an der Jade. Vor 2010 sieht sie dafür keinen Bedarf. (Quelle: HANSA Nr.6/2002) Aus 2010 kann auch schnell 2012, 2015 oder 2020 werden, denn die Dämpfung überspannter Wachstumserwartungen einerseits sowie die europaweite Bürgermeisterkonkurrenz andererseits wird weiterhin für Überkapazitäten im Hafenaufbau sorgen...

Ein Dominostein allerdings bleibt aufrecht stehen. Er wird gestützt vom unbeirrbar Festhalten an einer verführerischen Illusion: Die von den tausenden Arbeitsplätzen. Doch manchmal beißt sich die Verheißung

de soll er auf Vollastbetrieb mit einer Jahresumschlagkapazität von 1,1 Mio. TEU gehen. Lediglich 300 Mitarbeiter sollen ab dann dort Beschäftigung finden. (N3 - Markt im Dritten, 12.08.02) Doch selbst diese werden bei weitem nicht alle auf dem Terminal beschäftigt, wie die *BI Bürger gegen den JadeWeserPort* herausgefunden hat: Nach ihren Ermittlungen soll ein Teil davon im benachbarten Güterverteilzentrum (GVZ) Anstellung finden und ein weiterer Teil bedarfsorientiert auf die verschiedenen Hamburger Terminals der Betriebsgesellschaft HHLA verteilt werden. Für die reine Umschlagfähigkeit am CT Altenwerder würden lediglich 68 Mitarbeiter benötigt.

Aber auch bezüglich der indirekten Arbeitsplätze scheint den Gutachtern des JadeWeserPorts in einem Punkt der Gaul durchgegangen zu sein:

So haben sie sich - offenbar den Vorstel-

lungen des hiesigen Petrochemie-Managements folgend - auf die Entstehung von 1.000 Arbeitsplätzen in der chemischen Industrie eingelassen. Zur Einstimmung wird zunächst ein bunter Strauß an Vorhaben - z.B. Neubau eines Chlor-/Natronlaugewerks, Salzgewinnung in Etzel, Pipeline- und Crackerbau, Ausbau von Produktionskapazitäten und Zwischenlagern usw. - präsentiert, die soviel mit einem Container-Terminal zu tun haben wie das Deichschaf mit der Klappmütze. Lediglich beim letzten der insgesamt acht aufgeführten Punkte läßt sich eine plausible Verknüpfung mit der Containerverschiffung herstellen: *Eine zweite Perspektive bietet die Ansiedlung von Weiterverarbeitung von Hart- und Weich-PVC in einem Chemiepark in Wilhelmshaven, ggf. aber auch einzelner Produktionsstätten an anderen Standorten in der Region. Hier ist an eine breite Produktpalette aus folgenden Branchen zu denken: KZF-Teile, IT-Branche (CD-ROM, Glasfaserkabel, Kabelummantelungen), Verpackungsindustrie. Einzelne Branchen (Kabelherstellung, Fensterprofile) sind auch bereits in der Region vertreten. Die nachgelagerte Industrie braucht den Containerhafen für den Export. An dieser Stelle schließt sich der Kreis in der Verbindung von Jade-WeserPort und Entwicklung des Chemiestandortes Wilhelmshaven.*

Es ist unfassbar. Mehr als zwanzig Jahre warten wir Schussel jetzt schon vergeblich auf die nachgelagerte PVC-Industrie, nur weil keiner auf die Idee kam, den Kreis zu schließen.

Doch zurück zur Sache: Ein Container-Terminal ohne Distribution nützt verarbeitenden Klein- und Mittelbetrieben inkl. der nachgelagerten "PVC-Industrie"!! mit verhältnismäßig geringem Produktionsausstoß gar nichts; es sei denn, sie können es sich leisten, teilgefüllte Container in alle Welt zu schicken. Doch GVZ mit Sortierlager und Containerpackstation werden nur an Verkehrsknotenpunkten, in möglichst dichter Nachbarschaft zu Ballungszentren betrieben. An der Jade rechnet sich aber kein GVZ, weil nur ein geringes lokales Transportgüter-Aufkommen (Loco) zu erwarten ist. Und ohne GVZ kann auch niemand ernsthaft mit der Ansiedlung Seetransport-orientierter Produktionsbetriebe rechnen -es sei denn, es findet sich ein Großproduzent, der auf keine GVZ angewiesen ist. Einen Knotenpunkt mit ausreichend Loco-Aufkommen bildet in der Nordwestregion nur Bremen.

Und weil auch der Raum Bremerhaven zu wenig Loco-Aufkommen hat, werden die nicht zur Durchfracht bestimmten Containerladungen durch die stadtbremischen GVZ bzw. durch die dortigen Sortierlager und Containerpackstationen geleitet. Und diese werden ständig ausgebaut. Zur Zeit errichtet die Bremer Lagerhausgesellschaft am Neustädter Hafen Europas größtes Hochregallager für Gebrauchsgegenstände aller Art inkl. PVC-Artikeln wie Duschkmaten, Gartenschläuche u.v.m.

Hier werden die aus den Importcontainern ausgeladenen Waren neu nach Abnehmern sortiert und auf Abruf zwischengelagert bzw. Exportgüter für die Containerbeladung zielortgerecht zusammengestellt.

Bremerhavens Aufgabe in der Transportkette beschränkt sich dagegen im Wesentlichen auf die Rolle als *Hub*, d.h. als Umschlagmodul Schiff/Schiff bzw. Schiff/Schiene oder Schiff/Straße. Und es gibt keine Anzeichen, dass sich das mal ändert. Im Gegenteil: Dieser transportgeografische Zwilling Wilhelmshavens leidet insbesondere hinsichtlich der hafengebundenen Beschäftigung trotz rasant wachsendem Hafenumschlag an Magersucht.



Zwischen 1990 und 1997 sank dort die Beschäftigtenzahl allein schon im Bereich Spedition, Lagerei, Kühlhäuser von 905 auf 292 Beschäftigte. Dies entspricht einer Abnahme von 67,7%. (s. *Gegenwind Nr. 162*)

Mit Bremerhavens Einwohnerzahl geht es unterdessen weiter steil bergab, während der Hafen boomt wie nie zuvor. Der Bevölkerungsverlust bezifferte sich im Jahre 2001 auf 1.150 Personen und die Arbeitslosigkeit ist etwa gleich hoch wie in Wilhelmshaven. Und das trotz mehrjähriger zweistelliger Wachstumsraten im Containerumschlag, der Entwicklung zum größten Autoumschlagplatz Europas sowie zu einem bedeutenden Importhafen für Kühlgüter wie Südfrüchte und Fisch.

Nun aber haben die BAW/NIW-Gutachter für Wilhelmshaven ein Ausstattungdefizit mit hafengebundenem Gewerbe festgestellt, das sich nach einer gewissen Betriebsdauer des JadeWeserPort an das Niveau der anderen deutschen Nordseehäfen angleichen würde. Das Beispiel Bremerhaven vermittelt jedoch umgekehrt den Eindruck, dass die Stadt an der Geestemündung tendenziell auf das Ausstattungsniveau Wilhelmshavens zurückschrumpft. Und was in Bremerhaven an wertschöpfender Arbeit verloren geht, wird sich in der JadeWeserPort-Region erst gar nicht entwickeln. □

Mütterzentrum

Werftstr. 45
Telefon: 506 106

Veranstaltungen im September

Garagenflohmarkt
Verkauft wird alles rund um
das Kind, Geschirr und
vieles mehr
04.09. und 02.10. 2002
10.00 - 12.00 Uhr

2 Jahre Mütterzentrum!!

Gefeiert wird am
Mittwoch, den 11.
September
15.00 - 17.00 Uhr

Flohmarkt auf dem Banter Markt

Mit Tombola und Kinder-
malaktion, Mittagsimbiss,
Kaffee und Kuchen
am Samstag, den 21.
September
11.00 - 15.00 Uhr

Jetzt neu im Café MüZe:

Der ZipfelmüZe-Kindertreff
betreutes Spielen und Basteln
Sie haben Zeit für sich -
Ihre Kinder sind in guten
Händen!
Immer Montags 9.30 -
12.30 Uhr

Neue Öffnungszeiten:
Café MüZe:

Montag bis Donnerstag
9.30 - 17.00 Uhr

Freitag: 9.30 - 14.00 Uhr
Sonntag: 9.30 - 12.30 Uhr

Secondhandladen:

Montag bis Donnerstag
9.30 - 12.30 Uhr

Dienstag: 15.00 - 17.00 Uhr



**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT**

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Systemwechsel

Auf ihrer öffentlichen Versammlung im August erläuterte die ALI ihre Ablehnung der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe

(noa) Die "WZ" hatte die Ankündigung erst am Tag der Veranstaltung selber gebracht - trotzdem war die öffentliche Versammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland am 13. August gut besucht. Auch die inhaltlichen Diskussionsbeiträge aus dem Publikum zeigten, dass die ALI nicht nur eine Beratungsstelle für Erwerbslose unterhält, sondern auch interessierte und engagierte Mitglieder hat.

Die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe stand auf der Tagesordnung. Zwar war zu diesem Zeitpunkt das Hartz-Konzept noch nicht veröffentlicht, doch lag eine Vorabveröffentlichung (die ALI nennt sie "Ur-Hartz") aus dem Monat Juni vor, die seitdem von 300 auf 260 Seiten gekürzt wurde, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und die Schaffung einer eigenständigen Organisationseinheit dafür aber weiter vorsieht.

Die Veranstaltung unterschied sich von den sonstigen monatlich stattfindenden öffentlichen Versammlungen der ALI insofern, als Gisela Gutschmidt, die Leiterin des Sozialamtes, und Dr. Rolf Lienau, Direktor des Arbeitsamtes, zusammen mit Ernst Taux von der ALI auf dem Podium saßen und mit Rüdiger Schaarschmidt ein professioneller Moderator dabei war.

Nach einleitenden Informationen der beiden Gäste zum Leistungsrahmen ihrer Ämter (siehe Kasten) begründete Ernst Taux die ablehnende Haltung der Arbeitsloseninitiative gegenüber der geplanten Reform.

Zwar nannte er keine Zahlen über die Höhe des im Hartz-Konzept vorgesehenen "Arbeitslosengeldes II" (so soll die neue Leistung heißen), doch er erinnerte daran, dass Reformen im sozialen Bereich bislang immer Leistungskürzungen mit sich brachten.

Die monatlichen Beträge, die Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfebezieherInnen zur Verfügung haben, sind nicht gravierend unterschiedlich, wenn man die ehemals gut Verdienenden, die nahe an die Höchstgrenzen kommen, ausnimmt. Bei einer Höhe des

Arbeitslosengeldes II auf Sozialhilfeniveau würden viele Anspruchsberechtigte also monatlich nicht (oder nicht viel) weniger bekommen als bisher. Es besteht aber ein prinzipieller Unterschied zwischen beiden Leistungen: Sozialhilfe wird in einer Notlage gewährt, während der Arbeitslosenhilfe das Lebensstandardprinzip zu Grunde liegt. Ein Diskussteilnehmer aus dem Publikum stellte diesen Unterschied noch pointierter dar: Arbeitslosenhilfe als eine Leistung, auf die man im Anschluss an Arbeitslosengeld Anspruch hat, sei im Gegensatz zur Sozialhilfe eine Versicherungsleistung, für die man vormals Beiträge entrichtet habe. Dr. Lienau gab hier den Tipp, lieber anders zu argumentieren: Die Arbeitslosenhilfe werde nicht aus Beitragsgeldern, sondern aus Steuermitteln bezahlt und sei insofern eben keine Versicherungsleistung; wirkungsvoller sei also das Argument der Besitzstandswahrung.

Gravierend sind die Unterschiede zwischen Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei den Freigrenzen: Das Auto, das man beim Bezug von Sozialhilfe noch behalten darf, wird kaum dazu taugen, einen Job außerhalb anzunehmen, wenn es nur noch einen Wert von 2.000 € haben darf.

Der Berufsschutz, der vor Jahren noch gegeben war, ist nach den Reformen der vergangenen Jahre schon lange kein Thema mehr; jetzt geht es nach Taux darum, dass überhaupt Arbeit her muss, von der man leben kann, denn der Lohnstandard der Zukunft könnte unter das Niveau von Ferienjobs für Schüler rutschen.

Mit der Schaffung einer eigenen Organi-

sationseinheit für die Bemessung und Auszahlung des Arbeitslosengeldes II sind die Modellversuche, die in einigen Städten in den letzten Jahren zur Zusammenarbeit von Arbeitsamt und Sozialamt begonnen wurden, nicht mehr aktuell. In Wilhelmshaven haben die beiden Ämter sich an dem Modellversuch nicht beteiligt, weil, so Lienau und Gutschmidt übereinstimmend, die Zusammenarbeit nicht klappen kann, und ausgehend von den gegenwärtigen rechtlichen Bedingungen wäre eine Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe nicht durchführbar. Sollte das Hartz-Papier jetzt, nach seiner öffentlichen Präsentation, wie von der Bundesregierung geplant schnell Gesetz werden, wären größere Probleme zu erwarten, da die Ämter weder personell noch finanziell noch sonst in irgendeiner Weise darauf vorbereitet sind. Dennoch ist zumindest Dr. Lienau nicht prinzipiell gegen die Zusammenlegung, da sie zu verbesserten Eingliederungsmöglichkeiten führen könne.

Prinzipiell dagegen ist aber die ALI, die in den Plänen nicht nur eine Kürzung von Sozialleistungen, sondern einen Systemwechsel sieht. Im Prinzip "Fördern und Fordern" steckt, so Taux, dass keine Leistung mehr ohne Gegenleistung gewährt werden soll: Die Grundlage für die Gewährung von Sozialhilfe soll nicht mehr die Notlage sein, sondern die Antragsteller sollen dafür arbeiten.

Zur Abwehr der drohenden Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe will die ALI nicht nur in Wilhelmshaven aktiv sein. Zum Abschluss der Versammlung erinnerte Taux an die Geschichte: 1993 war die Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe auf 624 Tage geplant. Gewaltige Protestkundgebungen und Demonstrationen haben die Pläne damals gestoppt. Jetzt ruft die ALI zur Teilnahme an der bundesweiten Großdemonstration am 14. September in Köln auf. □

Aufruf der ALI zur Teilnahme an der Demonstration in Köln

Eine Abschaffung der Arbeitslosenhilfe wäre der schwerste und folgenreichste Einschnitt in das bundesweite Wirtschafts- und Sozialsystem in den letzten Jahren:

Arbeitslose und deren Familien würden in die Sozialhilfe gedrängt. Armut, Niedriglohnjobs und ungeschützte Beschäftigung würden deren Perspektive. Dies betraf ebenso die (noch) Erwerbstätigen, die in Zukunft arbeitslos werden.

Auf die Arbeitslosen kommen und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen würde durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ein immenser Druck ausgeübt, weil Erwerbslose zur Annahme schlechtester Arbeitsbedingungen gezwungen wären.

Darum auf nach Köln zur bundesweiten Großdemonstration am 14. September

Der zentrale Aktionstag steht unter dem Motto "Her mit dem schönen Leben - eine andere Welt ist möglich!"

Veranstalter sind Attac, die Jugendorganisationen von verdi, IG Metall, IG BAU, Transnet, NGG in Kooperation mit dem Runden Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen und der Friedensbewegung.

Man kann sich anmelden bei der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland, Kieler Straße 63, 26382 Wilhelmshaven, Telefon 04421/180130 und nach der Abfahrtszeit fragen. Die Gewerkschaft verdi stellt einen kostenlosen Bustransfer.

Arbeitslosenhilfe wird im Anschluss an Arbeitslosengeld gewährt. Sie beträgt 53% des letzten Nettoeinkommens für Alleinstehende und 57% für Verheiratete. Aus der Bemessungsgrenze ergibt sich ein Höchstbetrag von 1.209 € für Alleinstehende bzw. von 1.612 € für einen verheirateten Alleinverdiener mit einem Kind. Die BezieherInnen dürfen bis zu 20% ihrer Arbeitslosenhilfe dazuverdienen.

Wie die Sozialhilfe gibt es Arbeitslosenhilfe nur bei Bedürftigkeit; wer also einen gut verdienenden Ehepartner hat, bekommt nach dem Arbeitslosengeld nichts. Evtl. vorhandenes Vermögen muss eingesetzt werden, doch 520 € pro Lebensjahr bleiben davon ausgenommen. Wer Arbeitslosenhilfe bezieht, bleibt, wenn auch in sehr bescheidenem Rahmen, rentenversichert.

Ihm/ihr sind Arbeitsstellen zumutbar, die den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes entsprechen; das Entgelt darf nicht unter der Arbeitslosenhilfe liegen. Tagespendelzeiten bis zu 2,5 Stunden müssen akzeptiert werden.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt, wie die **Sozialhilfe** amtlich heißt, soll den notwendigen Lebensunterhalt sichern. Die Regelsätze richten sich nach Altersklassen. Ein alleinstehender Erwachsener bekommt z.Zt. monatlich 293 € plus Miete (höchstens 240 €) plus Heizkosten (51 €), also 584 € maximal. Für Schwangere, allein Erziehende oder bei Krankheit gibt es Mehrbedarfzuschläge. Einmalige Beihilfen gibt es zu Weihnachten, für Bekleidung und für Haushaltsgegenstände. Vorhandenes Vermögen muss in erheblichem höherem Umfang eingesetzt werden als bei der Arbeitslosenhilfe: Nur 1.279 € für einen Haushaltsvorstand, 614 € für eine im Haushalt lebende Person bzw. 256 € pro Kind bleiben davon ausgenommen.

Eigene Einkünfte werden abgezogen; wer also z.B. 400 € Arbeitslosenhilfe hat, bekommt ergänzende Sozialhilfe in Höhe von 184 €. In Wilhelmshaven gibt es 400 Personen, deren Arbeitslosenhilfe unter Sozialhilfeniveau liegt und die deswegen ergänzende Sozialhilfe bekommen.

leserbrief

Zu Bruch gegangen...

Samstag, der 10. Aug.02: In der Wilhelmshavener Fußgängerzone brach sich der Wilhelmshavener Geschäftsmann Leffers lt. Angaben des Staatsschutzes den RECHTEN Arm und zog sich überdies noch einen Mittelhandknochenbruch zu.

Bei seinem wütenden Versuch, eine Plakatwerbung für unsere Veranstaltung der PDS auf der Südstrandpromenade zu entfernen, stürzte C. Leffers ohne Fremdeinwirkung gemäß seiner ungestümen Art. Dabei fiel er dem Direktkandidaten Bernd Mayer und mir direkt vor die Füße. Nachdem wir uns vom ersten Schreck erholt hatte - er kam wie vom Himmel geflogen -, versuchten wir, dem Verletzten auf die Beine zu helfen und waren in der Annahme, dass es sich hier um einen Schwächeanfall oder Infarkt handeln könne. Weit gefehlt. Er wehrte sich vehement gegen unsere Hilfe und begann trotz seiner Schmerzen, tätlich gegen mich vorzugehen. Glücklicherweise war die Innenstadt zu diesem Zeitpunkt bereits recht bevölkert, so dass die Tatsache, dass Passanten stehen blieben und Herrn L. aufforderten, "den jungen Mann doch bitte in Ruhe zu lassen", ihn zum Rückzug bewogen. Als wir erkannten, dass er sich wg. der Plakatierung so ereiferte, sagte Bernd Mayer zu ihm, dass man darü-

ber doch besser ruhig und sachlich hätte reden können. Nun müsse er in Zukunft sein Kreuz mit LINKS machen!

Die Veranstaltung an sich, zu welcher wir unseren niedersächsischen Spitzenkandidaten Diether Dehm empfangen, war bei strahlendem Sonnenschein (das hat die PDS gemacht) ein gelungener Auftakt für unsere Ideen hier in Wilhelmshaven, obwohl der Staatsschutz bzw. die Kripo erschien und die Personalien der beiden Samariter aufnehmen musste.

Christian Schäfer
KV der PDS im Wahlkreis 27

Wilhelmshavener helfen e.V.

FairMarkt

Die Schnäppchenfundgrube

Rheinstr. 98 Tel.: 04421/45 57 88

Mo - Fr 10 - 18, Sa 10 - 14 Uhr

Möbellager

im Textilhof Ulmenstraße

Mi 16 - 18, Sa 12 - 15 Uhr

Struck geht über Leichen

Allseits bekannt dürfte sein (da ausführlich in der WZ berichtet), dass Kriegsminister Peter Struck am 6. August nach Besichtigung seiner Streitmacht ein Wahlkampf-Gastspiel im Gorch-Fock-Haus gegeben hat.



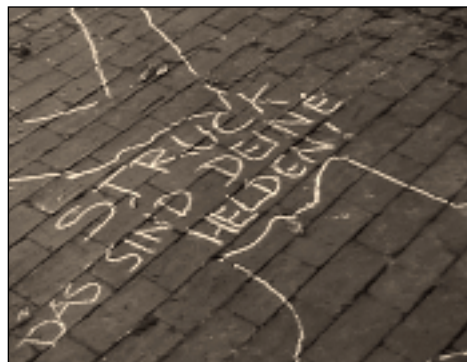
Weniger bekannt aber ist (da von der WZ unterschlagen), dass sich vor dem Gebäude knapp 20 Leute aus der Antifa- und Friedensbewegung versammelt hatten, um ihren Unmut über den mit deutscher Beihilfe geführten Krieg in Afghanistan und andere vergangene und zukünftige Angriffskriege der Bundeswehr kundzutun.

verbot aus, so dass die Protestierenden das Gelände verlassen mussten. Dies hielt die Demonstranten jedoch nicht davon ab, auf der Straße weiter ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen und damit zu beginnen, den Fußweg mit Kreideumrissen fiktiver ziviler Kriegsoffer zu versehen. Auch die verteilten Flugblätter fanden große Resonanz bei PassantInnen und AutofahrerInnen.

Gegen 20 Uhr 45 begannen die anwesenden später verließ der frischgebackene Minister das Gebäude, um sich zu seinem Wagen zu begeben. Dort wurde er bereits von den AktivistInnen erwartet. Davon unberührt begab er sich forschen Schrittes zum Fahrzeug, wobei er die Umriss eines getöteten Kindes und zweier Erwachsener überschreiten musste.

Es stimmt also wirklich: In ihrem Wahn gehen die Regierung und ihr Kriegsminister über Leichen. (Offiziell heißt er zwar Verteidigungsminister, aber diese Bezeichnung stammt aus der Zeit, als man sich noch daran hielt, dass von deutschem Boden nie wieder Kriege ausgehen sollten). Die Bombenstimmung bei Rot/Grün hält an. (antifa/iz)

Zivilpolizisten unruhig zu werden, und wenig



Tage der Sozial-Psychiatrie

Vom 20. bis 24. August fand in der Nordseepassage eine für Wilhelmshaven eher ungewöhnliche Ausstellung statt: Psychisch erkrankte KünstlerInnen boten Gemälde, Zeichnungen, Gedichte, Skulpturen und Kunsthandwerk dar.

Eröffnet wurde die Ausstellung am 20. August mit den unvermeidlichen Reden: Oberbürgermeister als Schirmherr, Chef des Gesundheitsamtes als Profi, ein Angehöriger - leider kein/e Betroffene/r als Redner/in, dafür jede Menge von ihnen als ZuhörerInnen.

"Dass psychisch Kranke so etwas leisten können..." und ähnliche Bemerkungen waren am Rande zu hören. Warum eigentlich? Gerade psychisch Kranke, die oft über längere Zeiten in ihrer Kommunikationsmöglichkeit mit der Umwelt eingeschränkt sind, suchen und finden andere Möglichkeiten des Ausdrucks. Und die im August ausgestellten Arbeiten boten Einblicke in das Seelenleben von Menschen in Ausnahmesituationen wie großer Angst, Isolation, Depression, Ekstase, Wahn...

Eigene Erfahrungen, wie sich psychische Erkrankung etwa anfühlt, konnten die BesucherInnen der Ausstellung in einer "Depressionsbox" und einer "Psychosebox" machen. Schautafeln zeigten einige Hilfsmöglichkeiten auf.

Die Ausstellung stellte den ersten Teil der 1. Friesländer und Wilhelmshavener Tage der Sozialpsychiatrie dar und sollte auf den zweiten Teil im Oktober hinweisen. Der Besuch dieses zweiten Veranstaltungsblocks wird sich auf jeden Fall lohnen.

Das Programm:

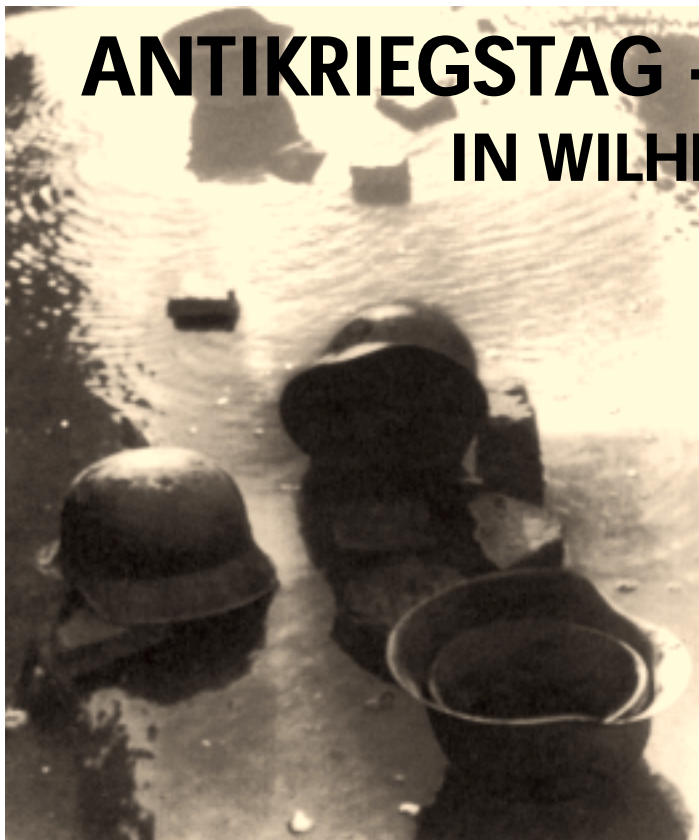
Am Donnerstag, 17.10. um 14.00 Uhr beginnt im Gorch-Fock-Haus der Wilhelmshavener Teil mit einem Markt der Begegnung und, nach der offiziellen Eröffnung durch OB Menzel und Landrätin Evers-Meyer, einem Vortrag von Klaus Dörner zum Thema "Lage und Menschenbild der Sozial-Psychiatrie". Dieser Vortrag verspricht ein besonderes Bonbon zu werden, denn der Referent ist der Vordenker in Sachen Sozialpsychiatrie, der zusammen mit seinen MitarbeiterInnen in jahrelanger Arbeit Langzeitpatienten aus der Anstalt Gütersloh in eigene Wohnungen oder Wohngemeinschaften, in ihnen angemessene Arbeitsplätze und damit in ein Leben in eigener Verantwortung brachte.

Nach einem musikalischen Ausklang wechselt die Veranstaltung den Ort. Im Jungen Theater spielt um 20 Uhr das Jugendtheater "Rollentausch" VER-RÜCKT.

Am Freitag, 18.10. ab 15.00 Uhr gibt es in der Aula des Vareler Gymnasiums nach einem Impulsreferat von Herrn Holler (Landesfachbeirat Psychiatrie) eine Podiumsdiskussion zur regionalen Situation und ab 20.00 Uhr einen musikalischen Abend.

Die Veranstaltungen am Samstag, 19.10. finden im Ev.-luth. Gemeindehaus in Jever statt. Ab 14.00 Uhr ist wieder Markt der Begegnung mit sozialpsychiatrischem Stehempfang und dem Vortrag von Dr. Nouvertne "Über die Mühen der Ebene im Sozialpsychiatrischen Verbund". Löhnen wird auch sicher der 'etwas andere Film' des Oldenburger Filmmachers Karl-Heinz Heilig "Zwischen Himmel und Erde", der ab 15.30 Uhr gezeigt wird. (noa)

ANTIKRIEGSTAG - 1. SEPTEMBER 2002 IN WILHELMSHAVEN



ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT -
HANDELN GEGEN KRIEG UND FASCHISMUS

15.00 Uhr Krökelplatz

Werft- Ecke Börsenstraße

16.00 Uhr Gewerkschaftshaus

Kieler Straße 63

mit **Ludwig Baumann** (Bremen)
Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer
der NS-Militärjustiz e.V.

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall des faschistischen Deutschland auf Polen der zweite Weltkrieg. Antisemitismus und Rassismus waren die geistigen Vorläufer und ideologischen Begleiter des Eroberungs- und Ausplünderungsfeldzugs der Hitler-Wehrmacht. Mit diesem Krieg brachte Deutschland zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert ungeheures Leid über Millionen von Menschen.

“Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!” war die Lehre vieler Menschen aus diesem Grauen. Im Grundgesetz wurde als eindeutige Konsequenz das Verbot eines Angriffskriegs festgelegt.

Mit dem NATO-Angriff auf Jugoslawien 1999 hat die Bundesregierung zum ersten Mal eindeutig gegen diese Verpflichtung verstoßen. Der Krieg gegen Jugoslawien hat dieser Region keinen Frieden gebracht. Es werden neue Kriege geführt (Afghanistan) und vorbereitet (Irak).

Die Bundesregierung hat eine Bundeswehrreform auf den Weg gebracht, die die Verdreifachung der sogenannten “Krisenreaktionskräfte” auf 180.000 Soldaten vorsieht: Diese Streitkräfte dienen eben nicht der Landesverteidigung, sondern u.a. der “Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs von Märkten und Rohstoffen in aller Welt”, wie es bereits 1992 in den “Verteidigungspolitischen Richtlinien” heißt. Der Umbau der Bundeswehr in eine Interventionsarmee wird weitere Milliarden Euro verschlingen, Geld, das z.B. in der Förderung ziviler Konfliktlösungen bessere Verwendung finden würde.

Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten

- Die Rüstungsausgaben steigen nach dem Ende des Kalten Krieges weltweit wieder an. Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Den Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee sowie Bundeswehreinsätze in aller Welt lehnen wir entschieden ab.
- Friedenspolitik erfordert das Aufstehen gegen rassistische und nationalistische Ideologien, weil diese Feindbilder schüren und Gewalt hervorrufen.
- Friedenspolitik braucht finanzielle Mittel für die Beseitigung von Hunger und Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung.
- Friedenspolitik erfordert den Stopp aller Rüstungsexporte. Um Arbeitsplätze zu sichern, muss die Rüstungsindustrie auf zivile Produkte umgestellt werden.
- Friedenspolitik braucht die Stärkung und Anerkennung von Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit: UNO und OSZE müssen erst zu friedenserhaltenden Einrichtungen entwickelt werden. Die Aufrüstung und Aufwertung von interessengebundenen Militärsystemen wie der NATO und der WEU gefährden den Frieden.
- Friedenspolitik muss die Bereitschaft zu Solidarität und Gerechtigkeit zwischen Menschen und Kulturen pflegen und Gewaltlosigkeit fördern. Es geht um die Zukunft des Menschen.

WILHELMSHAVENER INITIATIVE GEGEN KRIEGE